

Böhme versus Hohlfeld

Aschersleben, den 5. Mai 1998

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Hohlfeld,

mit großem Interesse habe ich vor einigen Tagen Ihren Beitrag: „Zwischen Autonomie und staatlichem Dirigismus: Genetische und biomedizinische Forschung“ in dem Buch: „Naturwissenschaft und Technik in der DDR“ gelesen. Mein Interesse ergibt sich u. a. natürlich auch aus der Tatsache, daß ich in dem von Ihnen behandelten Zeitraum aktiv an den Entwicklungen in Gatersleben und auch an der Arbeit einiger Gremien, die sich mit biowissenschaftlichen Problemen befaßten, sowohl im Rahmen der Akademie als auch des Forschungsrates beteiligt war. Ich hatte Ihnen darüber bei meinem Besuch in der Jägerstraße 1995 (damals ging es u. a. um Probleme der Entwicklung der Humangenetik) erzählt und Ihnen dabei auch meine Bereitschaft zu weitergehenden Auskünften erklärt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Sie in jener Zeit die Entwicklungen in der DDR nur indirekt von einem westdeutschen Beobachter-Standpunkt verfolgen konnten, haben Sie einen beachtlichen Abriß der Probleme dieser Zeit geliefert. Sollten Sie darauf Wert legen, wäre ich bereit auch noch künftig eventuelle Ergänzungen beizutragen.

Auf einige Dinge möchte ich Sie jedoch schon heute sehr konkret hinweisen, da sie mir bereits beim ersten noch flüchtigen Lesen auffielen.

- Im Zusammenhang mit der „dogmatischen Periode in der Biologie-Geschichte“ (welche Art von Periodisierung ist das?) und der „Lysenkoschen Doktrin“ (S. 219) machen Sie die interessante Feststellung, daß sich das Zentralinstitut f. Genetik und Kulturpflanzenforschung mit Hilfe der Unterstützung der SMAD in Haile seine wissenschaftliche Autonomie sichern und die Lysenkoschen Behauptungen experimentell widerlegen konnte. Diese Feststellung entspricht nicht den Tatsachen, Eine Unterstützung von Offizieren der SMAD (Vavilov-Mitarbeiter) erhielt *Stubbe* bei der Ausklammerung der Domäne Gatersleben aus den Maßnahmen zur Bodenreform 1945/46 und den allerersten

Schritten zur Einrichtung von Versuchsanlagen auf Grundstücken dieser Domäne. In die inhaltliche Gestaltung der wissenschaftlichen Tätigkeit haben sich Offiziere der SMAD in keiner Weise, weder materiell noch intellektuell, eingeschaltet. Die experimentelle Widerlegung Lysenkoscher Behauptungen durch *Stubbe* und seine Mitarbeiter (Böhme, Zacharias u. a.) geschah aus einem Bewußtsein der Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit.

- Sie erwähnen das Großforschungsvorhaben MOGEVUS, das im Kontext mit der „Akademie-Reform“ etabliert worden sei. Das ist falsch. Die Geschichte von MOGEVUS und der „Kontext“, von dem Sie sprechen, ist nur zu verstehen, wenn man die Aktivitäten des Ministeriums f. Wissenschaft und Technik, des Forschungsrates und der Zentralen Arbeitskreise (hier insbesondere „Biochemie“ sowie „Genetik und Züchtungsforschung“) einbezieht und vor allem auch das Nachfolgeprogramm „Biowissenschaften und naturwissenschaftliche Grundlagen der Medizin“ berücksichtigt, Unterlagen darüber haben Sie sicher bzw. finden Sie im Akademie-Archiv oder auch in dem von Ihnen zitierten Archiv Bielka, denn Herr Bielka war an der Ausarbeitung, kritischen Diskussion und Umsetzung dieser wissenschaftspolitischen und wissenschaftsorganisatorischen Materialien aktiv beteiligt.
- Als sehr bedauerlich empfinde ich die Tatsache, daß Sie die Aktivitäten der Klasse Biowissenschaften (1969-1973 Biologische Prozeßsteuerung; 1974-1990 Biowissenschaften) bei der Gestaltung der genetischen und biomedizinischen Forschung unberücksichtigt lassen. Auch hier liegen genügend schriftliche Materialien vor. Das betrifft insbesondere einen vom wissenschaftshistorischen Standpunkt aus bedeutenden Vorgang wie die „Stellungnahme der Klasse zu Problemen der Sicherheit bei molekulargenetischen Experimenten“. Diese Stellungnahme, mit der wir auf die internationale Diskussion zur Problematik der rekombinanten DNA (u. a. Asilomar-Konferenz) reagierten, wurde im ersten Entwurf 1975 formuliert und dem Ministerium f. Gesundheitswesen und anderen staatlichen Einrichtungen übergeben.
- Als Direktor des Gaterslebener Institutes im Zeitraum von 1969-1983 (von 1967-1969 amtierender Stellvertreter) kann ich die Strategie dieses Instituts einigermaßen authentisch beurteilen. Von einem „Unterlaufen“ (S, 221) einer vorgegebenen Strategie kann absolut nicht die

Rede sein, und es würde mich schon interessieren, von wem Sie diese merkwürdige Information bekommen haben. Gerade in dieser Zeit wurden die „Vorgaben“ durch die Mitarbeit zahlreicher Wissenschaftler der Institute in den staatlichen Beratungsgremien bei der Erarbeitung der Prognosen und Planungsunterlagen in starkem Maße von den Instituten mitbestimmt.

- Einen breiten Raum nahm in den siebziger und achtziger Jahren die Ausarbeitung und Bearbeitung von Gentechnik-Vorhaben ein; dies erfolgte in der Regel gemeinsam von Wissenschaftlern, die in Einrichtungen der AdW, der Universitäten und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften tätig waren. Leider haben Sie diese umfangreichen Aktivitäten gar nicht erfaßt.
- Zu der Auswahl der von Ihnen zitierten Wissenschaftler, die in dem in Ihrem Beitrag behandelten Zeitraum aktiv waren, nehme ich nur insoweit Stellung: sie entspricht nicht den unter Wissenschaftlern in der Regel üblichen Fairneß-Grundsätzen. Das hat mich sehr verwundert, da ich Sie und Ihre Grund-Auffassungen bei verschiedenen Gelegenheiten, u. a. bei den Gaterslebener Begegnungen, kennen und schätzen gelernt habe.

Ich wiederhole meine Bereitschaft, für weitere Informationen zur Geschichte, die natürlich immer einen subjektiven Anteil tragen, zur Verfügung zu stehen, und verbleibe

mit freundlichem Gruß
Helmut Böhme

20. November 1998

Lieber Herr Böhme,

der Redakteur der Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Herr Dr. H. Wöltge, hat mich darüber informiert, daß er gern Ihren Brief vom 5.5.1998 an mich, in welchem Sie meinen Beitrag „Zwischen Autonomie und Dirigismus: Genetische und biomedizinische Forschung in der DDR“ erschienen in D. Hoffman und C. Makrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997 einer kritischen Würdigung unterzogen haben, veröffentlichen möchte und hat mir die Gelegenheit zu einer Antwort ein-

geräumt. Diesen Anlaß möchte ich gern nutzen, um das zu tun, was ich schon lange beabsichtigt hatte, meine Arbeit in der Akademie bisher jedoch leider keine Zeit ließ, nämlich Ihnen zu antworten. Da ich die Meinung von Herrn Wöltge teile, daß einige der Punkte, die Sie ansprechen, von allgemeinem Interesse sind und es zusätzlich doch einige gravierende Dissense zwischen uns gibt, möchte ich meine Antwort gleichfalls veröffentlichen.

Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit bedanken, die Sie meinem Beitrag zukommen ließen; leider ist es ja heute eher die Ausnahme, daß eine Autor mit so ausführlichen Kommentaren bedacht wird.

Bevor ich nun auf Ihre einzelnen Kritikpunkte eingehe, möchte ich eine generelle Vorbemerkung machen, die sich auf Ihre gesamte Argumentation bezieht. Ich denke, daß wir viele Meinungsunterschiede ausräumen könnten, da sie auf Mißverständnissen beruhen. Sie haben Ihre Ursache darin, daß wir (immer noch) in zwei unterschiedlichen politischen Semantiken leben, und darin, daß wir in unserer Interpretation der historischen Entwicklung zusätzlich unterschiedliche Perspektiven einnehmen: Ich bin nicht nur ein westdeutscher (inzwischen Berliner) Beobachter des Geschehens - der Zugang zu den Archiven und zu direkten Quellen hat unsere 'indirekten' Analysen, die wir in den 80er Jahren am Erlanger Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) durchführten, eindrucksvoll bestätigt - sondern nehme auch die Beobachterperspektive der Wissenschaftsforschung ein, während Sie aus der Perspektive des Akteurs und Zeitzeugen argumentieren, also eine Teilnehmerperspektive haben. Der Konsens in der Beurteilung zeitgeschichtlicher Sachverhalte kann hier im besten Falle das Ergebnis von Verständigungsprozessen sein, kennzeichnet jedoch fast nie die Ausgangslage im 'Meinungsstreit'; hier gibt es fast nie einen gemeinsamen Nenner. Das zeigen sehr eindrucksvoll alle Erfahrungen mit der Befragung von Zeitzeugen im Rahmen einer 'oral history'. Ich meine das nicht wertend, sondern bin der Auffassung, daß beide Perspektiven komplementär zueinander gesehen werden müssen. Und so verstehe ich auch meine Antwort als den Beginn eines Verständigungsprozesses.

Zum ersten Punkt: Ihre Behauptung, „meine Feststellung entspreche nicht den Tatsachen“, ist für mich nicht nachvollziehbar. Denn ich sage

nichts anderes, als Sie in ihrem Einwand bestätigen, nämlich daß die SMAD Halle nicht das geringste Interesse daran hatte, die wissenschaftliche Autonomie - und zwar im bürgerlichen Wissenschaftsverständnis - zu verletzen. Diese Politik verfolgte sie auch gegenüber den Bucher Instituten. Und genau das bestätigen sie mit Ihrer Aussage: „In die wissenschaftliche Tätigkeit haben sich Offiziere der SMAD in keiner Weise weder materiell noch intellektuell eingeschaltet“. Und genau diese Tatsache wollte ich mit meiner Interpretation unterstreichen. Warum lesen Sie aus meinem Text das genaue Gegenteil dessen heraus, was ich behaupte? Das kapiere ich nicht.

Zum Zweiten: Auch bei MOGEVUS ist nicht meine Behauptung, daß das Vorhaben als Teil der Akademiereform verstanden werden muß. Hier ist meine Interpretation - Sie auch hier wieder in Ihren Detailangaben bestätigend - daß MOGEVUS als ein Programm der 'Grundlagenforschung' unabhängig konzipiert wurde und sich nicht an die politische Rhetorik der Akademiereform 'auftragsgebunden' und 'aufgabenfinanziert*' hielt, sondern die Rhetorik des damaligen Präsidenten H. Klare 'unterlaufen' hat. (Da hier ein innerer Zusammenhang mit Ihrem Punkt 4 besteht, komme ich gleich auf diesen zu sprechen). Die Rede vom Unterlaufen ist keine 'merkwürdige Information' (wie kommen Sie nur darauf?) sondern meine Interpretation im Rahmen von theoretischen Überlegungen zur Wissenschaftslenkung. Mit 'unterlaufen' ist gemeint, daß vorgegebene Ziele eines Staatsprogramms, wie z. B. ein forciertes Praxisbezug, nicht zum Erfolg führen, weil die wissenschaftlichen Grundlagen dafür noch nicht reif sind. Die Wissenschaftler haben ein sehr feines Gespür dafür und 'untersetzen' (DDR-Semantik) deshalb mit ihren (internen) Projektzielen das offizielle Staatsprogramm und gingen damit zunächst einmal andere Wege als vom politischen Programm intendiert. Das meine ich mit 'Unterlaufen' und diese 'merkwürdige Information' habe ich sehr ausführlich dargelegt und analysiert am Beispiel der amerikanischen Krebsforschungsplanung, erschienen in „Geplante Forschung“, Frankfurt 1979.

Zu Ihrem dritten Punkt: Ich bin dankbar für diese Ergänzung, von dieser Stellungnahme wußte ich wirklich nichts. Ich kannte nur den Hinweis von Erhard Geißler, daß sich am Rande der Kühlungsborauer Kolloquien schon ab 1971 ein Arbeitskreis konstituiert hatte, um eine DDR-Richtlinie vorzubereiten. Möglicherweise waren Beteiligte dieses Arbeitskreises

identisch mit Mitgliedern der Klasse der Bio**Wissenschaften**, die diese Stellungnahme vorbereiteten. Es dauerte allerdings - wie Sie wissen - dann doch noch immerhin mehr als zehn Jahre, bis das Gesundheitsministerium 1985 die Richtlinie erlassen hat. Ich habe die DDR-Discussion über rekombinante DNS an anderer Stelle - im Deutschlandfunk und im Deutschland-Archiv - sehr ausführlich als erster Westdeutscher dokumentiert; Papiere, die Sie kennen, Herr Böhme, also, warum hier der harte Vorwurf, ich hatte etwas 'unberücksichtigt' gelassen?

Das gilt auch für Ihren fünften Punkt: Ich habe auf den Seiten 221-223 die prominentesten Projekte zur Gentechnik in Gatersleben und Buch beschrieben, dazu ausführlich in den oben erwähnten Publikationen, Leider haben in diesem Falle wohl Sie offensichtlich „umfangreiche Aktivitäten gar nicht erfaßt."

Zu Ihrem letzten Punkt: Es ging mir nicht darum, die von mir erwähnten Wissenschaftler besonders herauszustreichen und andere damit in den Hintergrund zu drängen, sondern ich wollte - vor allen Dingen im Hinblick auf die westlichen Leser - an bestimmten Beispielen deutlich machen, daß auch in der DDR 'normal science' betrieben wurde und mußte dazu notgedrungen qualitativ und selektiv vorgehen wie das in solchen Fällen in der Wissenschaftsforschung durchaus üblich ist, aber ist das deshalb „unfair"? Sie wissen so gut wie ich, daß es zur Zeit des Umbruchs bestimmte Leute in der Politik gab und auch heute noch gibt, die eine solche Botschaft gar nicht gern hören wollten und wollen.

Ich hoffe, lieber Herr Böhme, daß meine Erwidernngen dazu beitragen, daß Mißverständnisse zwischen uns ausgeräumt werden können und daß wir beide lernen, in der Wortwahl, im Zuhören und Lesen ganz besonders sorgfältig zu sein, um den Graben zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen und politischen Kulturen allmählich zu überbrücken.

*Mit freundlichen Grüßen
Rainer Hohlfeld*